

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903

23.1.1903 (No. 22)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 23. Januar.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Reklamationsemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

Nr. 22.

1903.

Amtlicher Teil.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 19. Januar 1903 wurde Kanzleioffizient Emil Konrad bei genanntem Ministerium zum Registraturassistenten ernannt.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Kaufmännische Fortbildung.

Nachdem in England öffentlich über die im technischen und kaufmännischen Unterrichtsweisen bestehenden Mängel Klage geführt worden ist, haben sich hervorragende Vertreter der Industrie und des Handels die Aufgabe gestellt, die besonders im Wettbewerb mit dem Auslande fühlbar gewordenen Mängel möglichst schnell und vollständig zu beseitigen. Ein richtiges Urteil über die Rückständigkeit, Verbesserungsfähigkeit oder Umgestaltung der englischen Einrichtungen konnte nur da gewonnen werden, wo anerkanntermaßen die höchsten Leistungen auf den genannten Gebieten des öffentlichen Unterrichts erzielt werden, in Deutschland und in den Vereinigten Staaten. Nach diesen Ländern wird sich die mit der Prüfung der Angelegenheit und Erteilung von Vorschlägen beauftragte Enquete-Kommission begeben, um Wesen und Umfang der deutschen und amerikanischen Unterrichtsverhältnisse kennen zu lernen und danach eingehend Bericht zu erstatten. Die Kommission, deren Mitglieder noch nicht ernannt sind, aber überwiegend aus anerkannten Autoritäten auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Unterrichts erwählt werden sollen, wird ihre Reise voraussichtlich Ende September d. J. antreten und zunächst Deutschland besuchen, so daß der Erstattung des Berichts und eine auf die Vorschläge der Kommission basierte Reform des technischen und kaufmännischen Unterrichtswezens in England kaum vor dem Ende des nächsten Jahres erwartet werden kann. Vorläufig sieht man in den beteiligten Industrie- und Handelskreisen der Veröffentlichung des Berichts der sogenannten Labour-Kommission entgegen, die im vorigen Jahre unter Führung des Mr. A. Mosely die Vereinigten Staaten besucht und die dortigen Handelsverhältnisse eingehend studiert hat. Während die Fertigstellung dieses Berichtes erst gegen Ende des laufenden Monats zu erwarten ist, hat sich der Vorsitzende der Kommission, Mr. Mosely, bereits dahin geäußert, daß das Mittel der außerordentlichen kommerziellen Entwicklung der Union seine Lösung findet in der leichteren Zugänglichkeit aller Unterrichtsfächer und in dem gesamten dort angewandten Unterrichtssystem, das eine mannigfaltigere und durchgreifendere Vorbildung auf allen Gebieten gestattet. Nach der Ansicht Moselys müßten in England alle übrigen staatlichen Aufgaben und Ausgaben, abgesehen von den unerläßlichen Aufwendungen für die Reformen in der Marine, zurückgestellt werden, um die Einführung und allgemeine Anwendung eines besseren Unterrichtssystems zu beschleunigen. Um die Wirkung der geplanten Neuerung in aller Ruhe sich vollziehen und vertiefen zu lassen, wird ferner die Begründung einer Institution nach dem Muster der in den Vereinigten Staaten bestehenden National Civic Federation in Anregung gebracht; der Zweck dieser Einrichtung soll darin bestehen, Arbeitseinstellungen durch rechtzeitige Vermittlung zwischen Unternehmern und Arbeitern zu verhindern, da erfahrungsgemäß dadurch, daß die Spannung zwischen beiden Parteien verlängert und den Agitatoren Zeit gegeben werde, die bestehenden Mißverständnisse zu verschärfen, die Streikbewegungen beträchtlich größere Ausdehnung und Schärfe anzunehmen pflegen, als es geschehen könnte, wenn beiden Parteien Gelegenheit gegeben wäre, Gründe und Gegengründe in Ruhe und Sachlichkeit zu erörtern. Ob diese amerikanische Einrichtung in England Nachahmung finden wird, ist zweifelhaft; jedenfalls hat die National Civic Federation bei den letzten großen Ausstandsbewegungen in den Vereinigten Staaten nicht gerade glänzende Resultate erzielt.

Zur Bekämpfung des Typhus in Elsaß-Lothringen.

— Straßburg, 20. Januar.

Zu Anschluß an die neulichsten Mitteilungen über die von der reichslandischen Regierung zur Bekämpfung des Typhus in Aussicht genommene Errichtung

bakteriologischer Untersuchungsstationen in Metz, Mülhausen und Straßburg dürfte es von Interesse sein, darauf hinzuweisen, daß auch der Reichshaushaltsetat für 1903 bei dem Etat für das Reichsamt des Innern eine Forderung von 150 000 M. für die Förderung der Bekämpfung des Typhus enthält. Nach der hierzu beigefügten Denkschrift sollen diese 150 000 M. in erster Linie die Bildung dreier Typhusstationen nach dem Vorbilde der von Preußen in Trier und Saarbrücken bereits errichteten Stationen ermöglichen. Diese drei Stationen sollen jedoch größere Beweglichkeit erhalten, also gleichsam ambulante Stationen werden, damit sie, je nach Bedarf, bald hier, bald dort, wo ein Typhusherd festgestellt wird, ihre Tätigkeit eröffnen können.

Die Denkschrift betont, daß die Erfolge, welche bei der Abwehr der Cholera nach dem letzten Ausbruch dieser Seuche in Hamburg erzielt wurden, in hervorragendem Maße dem Umstande zu verdanken sind, daß die Bekämpfung nach den bewährten, von Robert Koch auf Grund seiner bakteriologischen Forschungen aufgestellten Grundfäden erfolgen konnte. Nur durch die Anwendung der bakteriologischen Untersuchungsverfahren ließ sich der Träger des Ansteckungsstoffes namentlich bei solchen Fällen sicher erkennen, in denen die Krankheitserscheinungen so milde und so vorübergehend austraten, daß sie allein keinen Verdacht auf Cholera erweckt hätten. Solche scheinbar harmlosen Erkrankungen hat man aber bei der Cholera als höchst gefährliche Vermittler für die Übertragung von Mensch zu Mensch, von Ort zu Ort und von Land zu Land kennen und fürchten gelernt. Namentlich wie die Cholera verhält sich in dieser Beziehung der Darmtyphus, der in Deutschland weite Verbreitung besitzt und im Laufe der letzten Jahre mehrfach bejorgniserregende Epidemien hervorrief, wie in Beuthen, Gelsenkirchen und Pforzheim.

Auch bei dem Typhus spielt die Übertragung von Leichtkranken auf Gesunde eine wichtige Rolle. Diese Tatsache ist der Grund, weshalb der Typhus in manchen Gegenden überhaupt nicht erloscht. Solche Typhusherde sind aber nicht nur für die dort lebenden Personen gefährlich, sondern ein noch so unbedeutender Typhusherd in einem Dorfe kann auch der Ausgangspunkt für die Verseuchung ganzer Bezirke werden. Ein erfolgreiches Vorgehen bei der Bekämpfung des Typhus läßt sich aber nur erhoffen, wenn es gelingt, durch bakteriologische Untersuchungen den Typhuserreger im einzelnen Falle festzustellen, damit bei jedem solchen Träger des Krankheitserregers die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen zur Anwendung gebracht werden können, um der Übertragung und Verschleppung vorzubeugen. Bei der Feststellung der Ansteckungsquellen im Regierungsbezirk Trier haben sich Ausläufer des Typhusherdes im Saarbrückener Industriebezirk bis nach Lothringen und in die bayerische Pfalz verfolgen lassen. Die anlässlich der militärischen Übungen während der letzten Jahre gemachten Erfahrungen haben ferner gezeigt, daß derartige gewissermaßen versteckte Typhusherde eine ständige Gefahr für die Truppen bilden.

Es liegt nicht nur im Interesse der beteiligten Einzelstaaten, den Typhus in den betreffenden Gebieten baldmöglichst zu unterdrücken. Auch das Reichsinteresse ist in hervorragendem Maße beteiligt. Insbesondere kommen die vorerwähnten militärischen Interessen in Betracht. Außerdem wird ein wirklicher Erfolg bei den Maßnahmen gegen Typhus sich nur dann versprechen lassen, wenn die Bundesstaaten und die Reichslande nach einheitlichen Gesichtspunkten und in engem Zusammenwirken an die Bekämpfung der Krankheit herantreten. Dies hat zur Voraussetzung, daß das Reich dabei seine vermittelnde Tätigkeit eintreten läßt. Insbesondere werden das kaiserliche Gesundheitsamt und der Reichs-Gesundheitsrat zur Mitwirkung berufen sein.

Das Eingreifen des Reichs in dieser Richtung schließt also keineswegs ein Vorgehen der Einzelstaaten aus, sondern es stützt sich und beruht vielmehr darauf, daß das Reich eine vermittelnde Tätigkeit ausüben, da bei der Bekämpfung des Typhus ein vitales Interesse der allgemeinen öffentlichen Gesundheitspflege in Frage kommt. Des weiteren will das Reich ein Zusammenarbeiten der verschiedenen von den Landesregierungen eingerichteten Untersuchungsstationen durch eine einheitliche Leitung gewährleisten. Im Reichsgesundheitsamt soll daher ein Unteranschuß für Typhus gebildet werden, um eine Zentralstelle zu schaffen, wo die

im besonderen gegen diese Krankheit zu ergreifenden Maßnahmen eingehende Erörterung finden sollen und namentlich auch ein Meinungsaustausch zwischen den Sachverständigen aus den einzelnen Bundesstaaten eintreten kann.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichtes.)

* Berlin, 21. Januar.

Hg. Richter (fortfahrend): Ich möchte den Kriegsminister fragen, ob er vor der Krefelder Unterhaltung um die Einwirkung wegen Verlegung der Güter nach Krefeld gefragt sei. In der Diätenfrage solle der Reichstanzler den Mut seiner Meinung haben. Früher wurde der Name des Kaisers in der Debatte überhaupt nicht erwähnt, aber andere Zeiten andere Sitten. Die anderen Sitten werden uns aufgezwungen. Wenn wichtige Dinge überall, nur nicht im Reichstage besprochen werden, so ist das eine konstitutionelle Farce. Durch das Wolffsche Telegraphen-Bureau würden häufig viel wichtigere Dinge authentisch veröffentlicht, als durch den Reichsanzeiger. Er begrüßt die getrigge Entscheidung des Präsidenten als einen Fortschritt, denn der Präsident wollte damit feststellen, daß alle öffentlichen Kundgebungen des Monarchen in öffentlichen Dingen, die irgendwo authentisch veröffentlicht sind, Gegenstand einer Parlamentsbehandlung sein können. Das gestern aus-geschlossene Thema hielt der Präsident zu sehr mit privaten Verhältnissen im Zusammenhang liegend, aber diese Exceptio firmat regulam. Der Kanzler hatte den Kaiser von Neval nach Swinemünde begleitet, er ist wohl erst einige Stunden vor der Explosion abgereist. (Heiterkeit.) Wenn ich den Reichstanzler recht verstanden habe, ist er um die Telegrammangelegenheit gar nicht gefragt worden. Ich habe das Vertrauen zu ihm, daß, wenn er gefragt wäre, er abgeraten hätte, in föderativem Sinne und weil das Gegenteil des Zweckes erreicht werden mußte. Dem Zentrum wurde dabei etwas beschert, was die Regierung sonst nur den Sozialdemokraten beschert, es hat ein Schweineglück gehabt. (Heiterkeit.) Es ist an sich schon schwierig, sich auf dem Gebiete der Gesetzgebung auf dem Laufenden zu erhalten, und es wird demjenigen, der alle diese Aufgaben zu vollziehen hat, bei bestem Willen und Anlagen unmöglich sein, sich in eine einzelne Sache so zu vertiefen, daß er eher das Richtige trifft, als der Reichstanzler oder ein Staatssekretär. Ich glaube, es war zu keiner Zeit so schwierig, Minister zu sein, wie gegenwärtig, und die Herren befinden sich nicht in einer beneidenswerten Stelle. (Der Reichstanzler und Graf Kosakowsky nicken zustimmend.) (Große Heiterkeit.) Wenn es mit der Kabinettsregierung so weiter geht, werden die Herren zu Handlungen herabgedrückt, was in höchstem Maße bedauerlich wäre, nicht nur für das Staatswesen, sondern auch für die Krone selbst. (Beifall links.)

Hg. v. Kardorff (Reichsp.) weist darauf hin, der niedrige Kursstand unserer Staatspapiere sei die Folge der Ueberschwemmung der Börsen mit Industriepapieren. Dem sei nur abzuhelfen, wenn letztere mit einem hohen Stempel belegt, ihre Ausgabe von besonderer Genehmigung abhängig gemacht und Amortisation innerhalb gewisser Zeit vorgeschrieben würde. Die Bourgeoisie, Industrie und Landwirtschaft hätten willig und ohne Murren die schwereren Lasten der sozialen Gesetzgebung getragen. Den Zolltarif müßte seine Partei annehmen, um der Regierung den Vorwand zu nehmen, sie hätte Gebotenes nicht angenommen. Er kämpfe seit 30 Jahren für agrarische Interessen und vertrete wohl ebensoviel davon, wie Freiherr von Wangenheim. Uebrigens werde nichts so heiß geessen, als es gelodet sei. Er bedauere die Nichterneuerung des Sozialistengesetzes. Ohne ein solches könne Deutschland nicht auskommen, obgleich er nicht wisse, ob es richtig war, ihm den Charakter eines Ausnahmegesetzes zu geben. Der Reichstanzler müßte vorfragen, daß künftige Ereignisse unmöglich seien, welche im Hause Majestätsbeleidigungen hervorrufen könnten, die draußen schwer bestraft werden würden.

Hg. Schrader (freil. Ver.) meint, die Aufwendungen für die Kolonien seien geboten, da alle entwicklungsfähig seien. Aber dabei sei Vorsicht nötig. Vielleicht sei es durch Herabsetzung der Ausgaben noch möglich, um eine Zuschußanleihe herum zu kommen. Die Reichseinkommensteuer werde die Einzelstaaten viel weniger unangenehm treffen, als der jetzige Zustand. Die volkswirtschaftliche Depression sei auf die falsche Wirtschaftspolitik, besonders auf das grundverlehrte Börsengesetz, zurückzuführen. Der Zolltarif werde, leider auch kaum so bleiben, denn die Regierung werde vermullich bei den Handelsverträgen dem agrarischen Drängen noch weiter nachgeben. Der Reichstanzler möchte doch dem Kaiser die Verhandlungen der letzten Tage vorlegen, damit man künftig in den Stand gesetzt sei, sich mit dem Reichstanzler, nicht aber mit der Person des Kaisers zu beschäftigen. Die Politik der Regierung gegenüber den Parteien sei seit 25 Jahren divide et impera! Werde eine Majorität gebraucht, so werde sie mit Mühe und Not zusammengeleimt. Der Keim halte aber nicht lange vor, das werde sich auch wieder bei den Handelsverträgen zeigen. Der Sozialdemokratie trete man am besten entgegen, wenn die bürgerlichen Parteien die Interessen der Arbeiter möglichst berücksichtigen und sich hüten, ihnen unnötige Beschränkungen und Steuern aufzuerlegen.

Hg. Liebermann von Sonnenberg erklärt, es sei verständlich, daß das Haus vor der Neuwahl nicht mehr mit weitausschauenden gesetzgeberischen Aufgaben befaßt werde, namentlich, daß nicht mehr eine Novelle zur Abänderung des Börsengesetzes eingebracht werde. Der Zolltarif kam nur zu stande, weil der Reichstanzler Glück hat. Öffentlich kommt die Landwirtschaft bei den neuen Handelsverträgen zu ihrem Recht. Zu einem Kampf zwischen dem Bunde und den Konföderativen liegt

kein Grund vor. Herr v. Kardorff trat aus dem Bunde in überwallendem Zorn aus, aber keiner seiner Freunde folgte ihm. Die Landwirtschaft ist heute noch einig. Beim Marineetat werden große Ersparnisse nötig. Warum will man gerade den Juden Hirschfeld und Genossen ihre Grundstücke in der Bellebuestrasse zum Neubau des Reichsmarineamts abkaufen? Von unserem Verhältnis zu England hat nur dieses Vorurteil. Die Burengenerale haben uns versichert, sie wüßten nicht, warum sie nicht empfangen werden konnten. Die Berliner Bevölkerung nahm die Generale auf, wie keinen Fürsten seit dem alten Kaiser.

Reichstanzler Graf Bülow: Ich möchte, meine Herren, ehe die Debatte zu Ende geht, noch kurz einige Punkte berühren, die heute hier zur Sprache gebracht wurden. Abg. von Kardorff schien mir nicht einverstanden zu sein mit dem Kaiserlichen Marginal zu dem Bericht des Fürsten Radolin, unseres Vorkämpfers in Paris, über die Unterredung desselben mit dem damaligen französischen Handelsminister Millerand, welches ich gestern in diesem Hause verlesen habe. Das betreffende Marginal lautet übrigens nicht, — ich glaube, Herr Abg. Kardorff sagte: richtig und wie bei uns —, sondern die Stelle des Berichts lautet: Herr Millerand verfolgt energisch die Hebung der unteren Klassen, zu der die Bourgeoisie nicht allzusehr geneigt ist. Dazu hatte der Kaiser an den Rand geschrieben: „Richtig und das überall.“ Ich bin weit davon entfernt, zu bestreiten, daß gerade in Deutschland, wie Abg. Kardorff mit Recht hervorgehoben hat, das Bürgertum, das übrigens nicht identisch ist mit Bourgeoisie, und das Unternehmertum, viel geleistet hat für die Hebung der unteren Klassen, daß es tatkräftig mitgewirkt hat am Aufbau und Ausbau unserer Sozialgesetzgebung, aber es liegt in der menschlichen Natur, liegt im menschlichen Egoismus, daß jede Gesellschaftsschicht Opfer zu Gunsten einer anderen Gesellschaftsschicht nur ungern bringt, deshalb ist es die Pflicht eines Staates und Pflicht der Monarchie, hier ausgleichend einzugreifen, indem sie die Arbeiter warnt, Dinge zu verlangen, welche die Konfurrenzfähigkeit der Nation auf dem Weltmarkt beeinträchtigen oder unsere gesellschaftliche Ordnung erschüttern könnten. Aber auch der Arbeitgeber und Unternehmer fordert auf und ermahnt, kräftig mitzuwirken, damit die Klassenunterschiede immer mehr zusammenzueinander kommen, damit die ärmeren Klassen wohlhabender werden, damit mehr Individuen aufsteigen aus den unteren in die reichen und wohlhabenderen Klassen der Bevölkerung, mit anderen Worten: für den sozialen Aufschwung! Das ist mein sozialpolitisches Bekenntnis und ist die Ansicht der Verbündeten Regierungen, und dieser Ansicht hat der Kaiser in diesem Marginal Ausdruck gegeben, das vorgelesen zu haben ich nicht bedauere. Und weiter möchte ich mit einigen Worten eingehen auf die Ausführungen des Abg. Richter, deren Gewicht ja zweifellos in seinen Schlussbetrachtungen lag. Das pflegt bei den Neben Richtern meistens so zu sein. Milde und beinahe sanft fängt er an, aber das dicke Ende kommt gewöhnlich nach. Was nun die Schlussbetrachtungen angeht, so möchte ich, meine Herren, mit rückhaltloser Offenheit darauf das Nachstehende erwidern: In jedem konstitutionellen Staatswesen sind die Minister und ist namentlich der leitende Staatsmann genötigt, mit der Individualität des Monarchen zu rechnen. Wie unter uns allen, so gibt es auch unter den Fürsten schwächere und stärkere Individualitäten. Je stärker und je ausgeprägter die Individualität eines Monarchen ist, um so mehr wird er geneigt sein, teil zu nehmen an der Politik und einzugreifen in den Gang der Staatsgeschäfte. Daß dadurch dem verantwortlichen Minister seine Aufgabe nicht immer erleichtert wird, darin hat Richter vollkommen recht. Deshalb habe ich zu den Ausführungen, die er darüber machte, gerügt, aber, meine Herren, auf der anderen Seite wollen wir doch nicht vergessen, daß eine starke, ausgeprägte und begabte Individualität eines Fürsten für ein Volk von nicht zu unterschätzendem, von sehr großem Vorteil ist. Wenn Sie sich davon überzeugen wollen, gehen Sie ins Ausland. Ich habe lange Jahre meines Lebens im Auslande zugebracht, habe in sehr parlamentarisch regierten Ländern nicht sehr viele getroffen, die mit der Haltung des Monarchen einverstanden waren, aber sehr viele, die sich nach einem stärker accentuierten Monarchen sehnten. Auch diejenigen, die mit dem Gange unserer Politik nicht einverstanden sind, sollten nicht ungerecht sein für das tatkräftige Streben und das redliche Wollen unseres Kaisers, nicht ungerecht für den großen Zug in seinem Wesen, nicht ungerecht für den freien vorurteilslosen Sinn. Ich sage das ohne jeden Byzantinismus. Er hat nichts Kleines an sich, und was Sie ihm auch vorwerfen mögen, ein Philister ist er nicht. (Heiterkeit, große Bewegung.) Das ist viel wert sehr viel wert. Herr Webel, im 20. Jahrhundert. Mit Entschiedenheit aber muß ich dagegen Verwahrung einlegen, daß Angriffe und zwar so prononcierte Angriffe, wie sie, wenn auch in sehr geschickter und gewählter Form, der Abg. Richter gegen die Allerhöchste Stelle erhoben hat, gegen den Monarchen, und nicht gegen den Minister gerichtet werden. Das innerste Wesen des Konstitutionalismus hat sein Bestes darin, daß ein Monarch staatsrechtlich nicht verantwortlich ist. Wenn Sie also Angriffe erheben wollen gegen irgend welche Handlungen des Monarchen, so richten Sie dieselben gegen die Person des Reichstanzlers. (Zurufe links.) Ich wüßte mich nicht zu erinnern, daß ich mich dieser meiner Verantwortlichkeit je entzogen hätte (Zwischenrufe links), und wenn ich diese Verantwortlichkeit zu tragen nicht mehr in der Lage wäre, eine Verantwortlichkeit, die ich trage, nicht mit nachträglich oder nur pro forma abgegebenen Erklärungen, sondern in Wirklichkeit, und mit dem einzigen Bestreben, dem Lande so zu dienen, wie es unter den gegebenen Verhältnissen meine Schuldigkeit ist, so würde ich dem Zwiespalt in der Auffassung zwischen dem Monarchen und mir dadurch ein Ende machen, daß ich Seine Majestät hätte, mich in Gnaden meines Amtes zu entheben. So lange ich aber an dieser Stelle stehe, bitte ich, für etwaige Angriffe nicht die Allerhöchste Person als Zielscheibe zu wählen, sondern meine Person und Ihre Angriffe gegen mich zu richten. Ich bin überzeugt, daß wenn Sie sich diese staatsrechtliche Auffassung aneignen, der Gang der Ge-

schäfte dadurch nur gewinnen würde. (Sehr gut, rechts.) Ich komme, meine Herren, nun noch zu einigen Bemerkungen des Abg. Liebermann v. Sonnenberg. Unter den „Achivi“, von denen ich gestern sprach, sieht Liebermann von Sonnenberg unzweifelhaft in allererster Reihe. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn derselbe aber gesagt hat, daß während der größten Zeit unserer Geschichte, und damit kann er nur die Zeit gemeint haben, als Fürst Bismarck an der Spitze der Geschäfte stand, keine Gegensätze bestanden hätten zwischen der Verstandspolitik und der Gefühlspolitik, so ist das vollständig unzutreffend, denn in der schwierigen Zeit seiner Wirksamkeit, von 1862—1866, hat Fürst Bismarck gegen die Gefühle der großen Mehrheit des deutschen Volkes zu kämpfen gehabt, und auch später, ich erinnere nur an die Battenberg-Episode, ist er oft genötigt gewesen, im Interesse des Landes über vorübergehende Wellungen sich der öffentlichen Meinung zu stellen. (Sehr richtig.) Das, meine Herren, war auch unsere Aufgabe gegenüber dem südafrikanischen Kriege, und auch während des Besuchs der Burengenerale in Berlin, auf den einzugehen ich mich durchaus nicht scheue. Der Empfang der Burengenerale beim Kaiser war Seiner Majestät durch mich vorgezogen worden unter zwei ausdrücklichen Bedingungen, nämlich einmal, daß sich die Burengenerale auf deutschem Boden antienglischer Agitation zu enthalten, und dann, daß sie als englische Staatsangehörige die Audienz durch Vermittlung des englischen Vorkämpfers nachzusuchen hätten. (Hört, hört!) General Dewet hatte diese Bedingungen für sich und seine beiden Kameraden angenommen. (Hört, hört!) Ich kann den Mittelmann nicht nennen, aber ich kann Sie versichern, daß er eine durchaus glaubwürdige, loyale, achtungswürdige Persönlichkeit ist. Von demselben Vermittler wurde uns einige Zeit später mitgeteilt, daß bei den Burengeneralen eine plötzliche Sinnesänderung stattgefunden hätte und daß sie es nicht mehr für möglich hielten, eine Audienz bei dem Kaiser ihrerseits nachzusuchen, sondern daß sie es richtiger fänden, wenn der Kaiser sie kommen ließe. Unter diesen Umständen konnte von der Audienz bei dem Kaiser nicht mehr die Rede sein und konnte auch der Empfang an amtlicher Stelle, nachdem die Generale der Audienz bei dem Kaiser ausgenötigt waren, nicht mehr in Frage kommen. Nun möchte ich noch kurz eingehen auf die Bemerkung des Abg. Liebermann v. Sonnenberg, oder vielmehr auf die Äußerung meines verehrten Freundes Ströcher, die sich Liebermann von Sonnenberg zu eigen gemacht hat, über die zu große Liebeshuldigung, die zu große Freundlichkeit, das soll wohl heißen, die zu große Schwäche unserer auswärtigen Politik. (Heiterkeit.) Respektvoll, meine Herren, während uns hier vorgelesen wird, wir seien zu liebeshuldig, besinne ich häufig in ausländischen Mittern und in Berichten zu lesen, wir waren sehr unliebeshuldig. Das eine ist so richtig, wie das andere, insbesondere ist es eine falsche Auffassung, als ob wir uns irgendwo oder irgend wem an den Kopf werfen. So hysterisch sind wir gar nicht angelegt. (Große Heiterkeit.) Wir haben auch gar nicht nötig, aufdringlich um Liebe zu werben, wir brauchen niemanden nachzulaufen, wir brauchen die anderen nicht mehr, als die anderen uns. Wir denken gar nicht daran, für irgend jemand's schöne Augen, irgend welche reale deutsche Interessen zu opfern. Aber, meine Herren, jeder Kaufmann wird Ihnen sagen können, daß Geschäfte nicht notwendig mit schlechter Manier geführt zu werden brauchen. (Sehr richtig.) Grobheit ist noch nicht Würde, Kränklichkeit ist nicht Festigkeit. Ein ewiges Schelten und Schimpfen über das Ausland, wie es hier und da glücklicherweise nur selten in den deutschen Mittern zu lesen ist, ist noch kein Beweis von richtigem deutschen Nationalbewußtsein. (Lebhafte Zustimmung.) Chauvinismus und Vaterlandsliebe sind nicht identische Begriffe. Wenn die Kunst des Ministers des Auswärtigen darin bestände, von Zeit zu Zeit mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, dann könnte mancher Minister des Auswärtigen werden. (Große Heiterkeit, sehr gut.) Unsere Aufgabe in der Welt besteht aber nicht darin, daß wir rauschig Indianer spielen, bei jeder Gelegenheit die Tomahawf schwingen und heute diesen und morgen jenen fremden Stolz verlangen. Die Zeiten, als der Deutsche im Auslande und gegenüber dem Auslande zu bescheiden auftrat, die Zeiten sind Gott sei dank vorüber, und Sie können versichert sein, daß ich diese Zeiten nicht wieder herbeiführen werde. Wir wollen es aber nicht machen wie der Bauer in der Fabel, der, nachdem er auf der einen Seite vom Gaul heruntergefallen, und kaum wieder oben war, von der anderen Seite heruntergefallen. Wir wollen nicht in die Fehler verfallen, die wir anderen als Hochmut, Uebermut vorgeworfen haben, wir wollen nirgendwo Schandenbräuel spielen, aber den aufgeblasenen Renommisten wollen wir auch nicht spielen. (Sehr gut!), sondern den ruhigen, festen Mann, der, wie es immer gute deutsche Art gewesen ist, ohne Schwäche, aber auch ohne Provokation, noch Maulhelmentum sich und die Seinigen schützt. (Lebhafte Beifall.)

Abg. v. Kardorff wendet sich kurz gegen die seitens Liebermann von Sonnenberg ihm gemachten Vorwürfe. Nach einer persönlichen Bemerkung Liebermanns vertagt sich das Haus auf morgen 1 Uhr. Fortsetzung. Schluß 5 1/2 Uhr.

• Berlin, 22. Januar.

(Telegraphischer Bericht.)

Präsident Graf Bailefrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

In der fortgesetzten Etatberatung nimmt zunächst Abg. Webel das Wort und bespricht die Finanzlage. Der diesjährige Etat bedeute ein vollständiges Defizit. Deutschland könne nicht die Lasten für ein Heer und eine Marine ersten Ranges tragen. Die Hauptschuld trage das Zentrum, das seine Zustimmung zur Flottenvorlage und zur Vermehrung des Militärs gegeben habe. Die neue sogenannte Auslandsflotte, die der Reichstag seinerzeit ablehnte, steht für 1904 und 1905 sicher bevor. Wir leiden im Deutschen Reiche an der Pflüchlichkeitskrankheit.

So mußte auch die neue Artilleriewaffnung Hals über Kopf durchgeführt werden. Andere Nationen sind nicht so eilig und haben es deshalb auch nach jahrelangen Versuchen so weit gebracht, daß unsere Artillerie schon wieder minderwertig ist. Nennlich soll es nun mit der Kavallerie werden. Bei seiner Weltpolitik sei Deutschland Hansdampf in allen Gassen. Wir erweisen Rußland ohne jede Gegenleistung fortwährend Entgegenkommen. Die Verstimmung des englischen Volkes gegen Deutschland datiert schon aus der Zeit, wo die neuen Flottenprojekte in Deutschland auftauchten. Inaktive Marineoffiziere wiesen darauf hin, daß Deutschland einen großen Seefampf mit England auszufechten habe. Redner kritisiert dann das Vorgehen in der Benezuelaangelegenheit, bei der es sich zumeist um die Interessen von Großkapitalisten handle. Die bevorstehende Abänderung des Wahlgesetzes zur Sicherung des Wahlgeheimnisses sei zu begrüßen.

* Papenburg, 22. Jan. Bei der Reichstagsersatzwahl im 3. hannoverschen Reichstagswahlkreis wurden der „Emdener Zeitung“ zufolge für Amtsgerichtsrat Engel-Len-Osnabrück (Zentr.) rund 7200 Stimmen, für Schriftsteller von Gerlach-Berlin (nat.-soz.) rund 1000, für Amtsgerichtsrat Tholen (nat.-lib.) 750 und für Schumann aus Viefeld (Soz.) 78 Stimmen gezählt. Die noch ausstehenden Orte können das Wahlergebnis nicht wesentlich ändern.

* Paris, 22. Jan. Das „Journal des Debats“ sagt über die Frankreich betreffende Stelle in der Reichstagsrede des Grafen Bülow: Graf Bülow konnte die Lehre, welche er aus der Geschichte schöpfte, durch seinen Aufenthalt in Paris ergänzen, wo er einen Teil seiner diplomatischen Laufbahn verbracht und wo seine Persönlichkeit ausgezeichnete Erinnerungen zurückgelassen hat. Die Ansicht Bülows, daß eine gewisse Anzahl Fragen bestehe, in betreff deren die beiden Länder zu gegenseitigem Vorteil einträchtig vorgehen können, ist begründet. Man hat unrecht, wenn man diese Ansicht auf französischer Seite nicht teilt.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 20. Januar.

* Zum Neujahrseste hat das Zentralkomitee des Badischen Frauenvereins Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin in einer Adresse die Glückwünsche des Vereins ausgesprochen und darauf, den „Blättern des Bad. Frauenvereins“ zufolge, das nachstehende hübsche Antwortschreiben erhalten:

Zu dem mir am gestrigen Tage übermittelten Glückwunschschrreiben des Zentralkomitees des Badischen Frauenvereins, dessen warme und herzliche Wünsche, in bereiten Worten ausgedrückt, meinem Herzen wieder sehr wohl getan haben, beizugeben Sie zwei Punkte, auf welche mein Dank sich in ganz besonderer Weise richten möchte. Es ist zunächst das Jubiläum des Großherzogs, dem Sie Worte widmen, welche in mir einen um so tieferen Widerhall finden mußten, als Sie wohl ermeinen können, wie die lichten Höhen jener unvergleichlichen Feiertage immer für mich untrüblich bleiben werden von dem Glanze des Gefühls unauflöslicher Dankbarkeit gegen Gott, dessen gnädige Führung uns die Begehung dieses seltenen Festes gewährte und gegen die Menschen, welche jenen Tagen in nie erfahrener Weise die Fülle der Liebe entgegenbrachten. Möge das Gedächtnis jener Zeit uns allen, die wir den Vorzug hatten, sie zu erleben, geheiligt bleiben!

Sie erwähnen ferner die Anerkennung, welche der Großherzog bei jenem Anlaß der Tätigkeit des Badischen Frauenvereins zu teil werden ließ. Gern spreche ich es hier nochmals aus, wie sehr diese Anerkennung mich beglückt hat, da sie dem Verein und seinen so unermüdblich tätigen Mitarbeitern zur höchsten Ehre gereichen mußte und mir selbst ein rührender Beweis der landesväterlichen Güte und Teilnahme des Großherzogs gewesen ist. Ihnen allen danke ich nochmals für die mir gewidmeten und mir so wohl bekannten, aber dennoch nie alternden Kundgebungen eines Vertrauens und einer Bereitwilligkeit zu weiterer Arbeit, die ich, Sie wissen es wohl, zu den höchsten Vorzügen meines von Gott so reich gesegneten Lebens zähle. Daß wir auch in der Zukunft im Hinblick auf die Ihnen und in der besten Absicht Ihnen zu dienen in der Liebe zu unseren Mitmenschen, auf allen Gebieten, die sich unserer Tätigkeit erschließen haben, weiter unermüdblich arbeiten wollen: das sei der zuberfüllteste und dankerfüllteste Segenswunsch, den ich Ihnen allen in den ersten Tagen des neu begonnenen Jahres entgegenbringe.

Karlsruhe, den 2. Januar 1903.

Ruise,
Großherzogin von Baden,
Prinzessin von Preußen.

* (Geindefeill.) Der Festausschuß für den am kommenden Samstag stattfindenden Geindefeill erucht uns, darauf hinzuweisen, daß in diesem Jahre von der Erhebung einer Pradsteuer für die Ballbesucher ganz abgesehen werden wird. Die Festprogramme mit Tanzordnung sind in den Festräumen erhältlich. Im Schwärzwälder Bierstübli wird das Fürstenerbräu nur gegen Markenzahlung verabreicht, und diese Zahlmarken an zwei Verkaufsständen unmittelbar am Eingang der Bierstube zu haben.

* Badischer Kunstgewerbeverein.) Unter reger Beteiligung fand die tagsungsgemäße Generalversammlung statt. Der erste Vorsitzende, Direktor Hoffacker, leitete die Versammlung und erbatet den Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen: Der Verein zählt gegenwärtig 636 Mitglieder. Anlässlich der Jubiläumfeier des Großherzogs veranstaltete der Verein im Lichtstube des Kunstgewerbemuseums eine Ausstellung des künstlerischen Nachlasses des verstorbenen Direktors Götz. — Zu dem durch die Glasmalereiausstellung im vorletzten Winter erzielten Uebereschuß kamen im vergangenen Jahre weitere 1000 Mk., welche dem Verein von der Firma Kanter u. Mohr in Berlin gegen Ueberlassung des Verlagsrechts eines Wertes über die Glasmalereiausstellung ausbezahlt wurden. Infolge widriger Umstände konnte die Veröffentlichung dieses Wertes leider im vergangenen Jahre noch nicht erfolgen, doch ist dasselbe jetzt der Vollendung nahe. — Ein Mitglied des Vereins stiftete zum

Besuch der Jubiläumskunstausstellung und für Vorträge 300 Mark. — Der Vorsitzende lenkte die Aufmerksamkeit auf die in Aussicht stehenden Ausstellungen in St. Louis und München im Jahre 1904 und hob die Notwendigkeit hervor, daß das badische Kunstgewerbe alle Anstrengungen machen müsse, um bei diesen Veranstaltungen anderen deutschen Ländern gegenüber nicht zurückzubleiben. Es sei zu hoffen, daß der Staat dabei kräftige Unterstützung leiste und einen wesentlichen Teil der den Ausstellern entstehenden Kosten übernehme. — Bei der Neuwahl eines Teils der Vorstandsmitglieder wurde zunächst an Stelle des bisherigen Schatzmeisters Koelle, der dieses Vorstandsamt wegen Aufgabe seines Bankgeschäftes niedergelegt hatte, Herr Privatier Schwab durch Affirmation gewählt. Als weitere Vorstandsmitglieder gingen aus der Wahl die Herren Architekt Billig, Glasmaler Drinneberg, Geh. Kommerzienrat Koelle und Hofuhrmacher Pecher hervor, die drei ersten genannten für die ausgeschiedenen Mitglieder Fabrikant Himmelheber, Maler Schäfer und Privatier Schöber, welche eine Wiederwahl abgelehnt hatten. Als Rechnungsrevisoren wirkten auch im kommenden Jahre die Herren Kaufmann Bloss und Privatier Neumann. — Bei dem an die Generalversammlung sich anschließenden gemeinsamen Nachtessen widmete Herr Geh. Rat Braun den ersten Trinkspruch unserem erhabenen Landesfürsten, dessen hervorragendes Verdienst um die Wiedergeburt des deutschen Vaterlandes an diesem Tage — dem 18. Januar — besonders lebhaft in aller Erinnerung trete, durch die er wieder eine deutsche Kunst und ein deutsches Kunstgewerbe möglich geworden sei. Herr Direktor Hoffacker brachte ein Hoch auf Seine Königl. Hoheit den Erbprinzen, indem er zugleich die Freude darüber Ausdruck gab, daß unser Hoher Herrscher seinen Eid wieder in der Heimat genommen habe. Es sprachen noch Herr Geh. Kommerzienrat Koelle und Herr Stadtrat Glaser.

(Sitzung der Strafkammer II. vom 20. Januar.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Eller. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Schlimm. — Am Abend des 20. Nov. hatte sich der Tagelöhner Gottfried Essig aus Engberg in den Keller der Wirtschaft zum „Münchener Hof“ in Forstheim eingeschlichen, um dort den Wirtschaftsschlüssel abzuwarten, weil er nachts in der Wirtschaft einen Diebstahl ausführen wollte. Essig wurde jedoch erwischt und verhaftet. Er wurde wegen Diebstahlsverdachts zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. — Der Geschäftsführer Wilhelm Müller aus Biedelbach wurde am 8. Juli v. J. seinem Dienstherrn, dem Baumunternehmer Burger in Forstheim, den Geldbetrag von 400 M., mit dem er einen Wechsel einlösen sollte. Mit dem Gelde ging Müller damals flüchtig. Der Angeklagte wurde unter Einwirkung einer vom Schöffengericht Forstheim gegen ihn inzwischen ausgesprochenen Strafe zu einer Gesamtstrafe von 4 Monaten und 5 Wochen Gefängnis, abzüglich 5 Wochen Untersuchungshaft, verurteilt. — In der Angelegenheit gegen den Tagelöhner Georg Gottfried Auf aus Döbel, der Ende Oktober in Forstheim und Forstheim verschiedene Zechenlokale verübte, erkannte der Schöffengericht wegen Betrugs auf 3 Monate, 3 Wochen Gefängnis, abzüglich 3 Wochen Untersuchungshaft. — Die übrigen Fälle waren Berufungen. Es ergingen folgende Urteile: Kettenmacher Friedrich Johann Joch aus Forstheim wegen Verübung 4 Wochen Gefängnis; Verbraucher Heinrich Häring aus Walden wegen Betrugs 4 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde; Schachtelmacher Friedrich Anton Brenner aus Eglingen wegen Verübung 6 Wochen Gefängnis; Goldarbeiter Wilhelm Wolf aus Lehningen wegen Ueberweisung des § 143 A. St. G. B. und des Reichsgesetzes, den Schutz von Wägen betreffend, 6 Wochen Haft; Tagelöhner Julius Henninger aus Bahnbüdingen wegen Körperverletzung 2 Wochen Gefängnis.

(Aus dem Polizeibericht.) Ein in der Riefenstraße wohnender Herr sprang gestern Abend 9 1/2 Uhr in der Kaiserstraße, zwischen Ritter- und Lammstraße, von einem Straßenaufwachen ab, wobei er zu Fall kam und bewußtlos liegen blieb, so daß er mittelst Droßke nach seiner Wohnung verbracht werden mußte. — Ein Soldat des hiesigen Leib-Dräger-Regiments, welcher sich seit 15. d. M. von seinem Truppenenteil entfernt hat, wurde gestern mittag in der Etilingerstraße von einem Schutzmann festgenommen und seinem Regimente zugeführt. — Von gestern auf heute wurden u. a. verhaftet: eine ledige Dienstmagd aus Dörtingen, die unter falschem Namen in einem hiesigen Gasthaus logierte und von der Staatsanwaltschaft Etitagat, wegen Diebstahls im Rückfall, ausgeschrieben ist; eine Modellschneiderin aus Lichtenthal, die in der Malerinnenschule drei goldene Ringe im Werte von über 200 M. stahl.

Kleine Nachrichten aus Baden. Vorgestern fand die feierliche Einweihung des Innungshauses der Mannheimer Bäckerinnung statt. Als Ehrengäste waren die Vertreter zahlreicher auswärtiger Innungen, sowie Oberbürgermeister Red., als Vertreter der Stadt, Amtmann Frech als Vertreter der Regierung, Sekretär Hauser als Vertreter der Handwerkskammer. Das Haus ist im Renaissancestil erbaut und hat einen Kostenaufwand von 230 000 M. verursacht. — In der geistlichen Bürgerauschussung in Forstheim wurde beschlossen, die Zahl der etatmäßigen Lehrstellen an der Emerbelschule von 10 auf 12 zu erhöhen. Gegenwärtig sind 5 Lehrer nicht etatmäßig angestellt. — Am kommenden Sonntag, den 25. Januar, findet in Bretten im Saale „Zum badischen Hof“, nachmittags halb 3 Uhr, eine Landeseberversammlung des Bundes der Landwirte statt. — In Bretten haben bei den geistlichen Bürgerauschussungen in der dritten Klasse die sozialdemokratische Liste mit 71 gegen 56 Stimmen der Nationalpartei gesiegt. — Montag, Abend brannte in Wieder-Teigern (Amt Schopfheim) ein von den Familien Leisinger und Kern bewohntes Doppelhaus nieder. Das daselbst mit Stroh gedeckt war, griff das Feuer so rasch um sich, daß die Bewohner, darunter eine bettlägerige Frau, sich kaum zu retten vermochten. Der Schaden wird auf etwa 7000 M. geschätzt. — Am Samstag wurde in Ueberlingen Herr Bürgermeister Beck einstimmig wiedergewählt. Abends fand zu Ehren desselben ein Bankett im Adlerlaale statt. — Das Fest einer 50 jährigen Tätigkeit in der bekannten Welfstirma Mannheimer Maschinenfabrik, Wöhr und Berberich, feiert morgen, im Alter von 74 Jahren, der älteste Wertmeister des Bezirks, Herr Ludwig Huber. — In Ebnet (Amt Freiburg) brannte vorgestern der Schopf und die Stallungen beim Gasthaus zum „Hirschen“ nieder. Das Vieh konnte gerettet werden. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch unbekannt. Der Eigentümer ist versichert. — Im Bürgerauschuss in Bonndorf ist der Wunsch zum Ausdruck gekommen, die Stadtgemeinde möge Wapplage verkaufen und entsprechend billigen Preise an solche abgeben, die sich eigene Wohnhäuser erbauen wollen, insbesondere möge Rücksicht genommen werden auf die hiesige Arbeiterbevölkerung. Der Gemeinderat hat nun beschlossen, diesem Wunsche zu entsprechen, falls ein tatsächliches Bedürfnis vorliegt.

Der Deutsche Kronprinz in Rußland.

(Telegramme.)

* St. Petersburg, 21. Jan. Heute vormittag führte der Großfürst-Thronfolger die Leibkompanie des Preobrajenskijschen Leibgarde-Regiments, deren Chef

er ist, im Detaildienst dem Generalleutnant v. Moltke und den übrigen Herren vom Gefolge des Deutschen Kronprinzen vor. Hierauf wurde das Hospital und die Kirche des Regiments besichtigt. Im Anschluß hieran fand das Frühstück im Kasino statt. Während desselben hielt der Kommandeur des Regiments, General Djektorow, eine Rede auf den Deutschen Kronprinzen, in der er sein Bedauern ausdrückte, daß der Kronprinz nicht anwesend sein könne. Hierauf brachte Generalleutnant v. Moltke einen herzlich aufgenommenen Trinkspruch auf das Regiment aus. Schließlich toasteten General Osserow und Generalleutnant v. Moltke auf treue Kameradschaft und Freundschaft zwischen der deutschen und der russischen Armee.

* St. Petersburg, 22. Jan. Gestern Abend fand in der deutschen Botschaft ein Diner statt. Der Großfürst-Thronfolger sagte im letzten Augenblick sein Erscheinen ab, da er das Diner mit dem Kronprinzen, der das Zimmer noch hütet, einnehmen wollte. Auch Graf Lambsdorff hatte sich entschuldigen lassen, weil er infolge Erkrankung an Influenza nicht erscheinen konnte. — Ihre Majestäten der Kaiserin und die Kaiserin in der Großfürst-Thronfolger speisten abends beim Deutschen Kronprinzen in dessen Gemächern im Winterpalais.

Aus dem französischen Parlament.

(Telegramme.)

* Paris, 21. Jan. Die Deputiertenkammer beginnt die Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern und erledigt die ersten fünf Kapitel ohne Erörterung. Zu Kapitel 6 stellt Constant den Antrag auf Aufhebung der Unterpräfecturen und der Präfecturen, die unnütze Ämter in der Verwaltungsmaschine seien, sowie auf Streichung der für dieselben geforderten 242 000 Francs. Ministerpräsident Combes tritt dieser Anschauung bei und beantragt Verweisung des Antrages Constant an die zur Beratung der Frage der Dezentralisation eingesezte Kommission. Der Republikaner Audiffred beantragt die Streichung von 100 000 Francs zur Aufhebung von 10 Unterpräfecturen, welche der Staatsrat begehren soll.

Der Ministerpräsident wünscht, daß auch dieser Antrag derselben Kommission überwiesen werde, wie der Antrag Constant. Das Haus stimmt dem mit 369 gegen 138 Stimmen zu.

Der Sozialist Vénézech, Schriftsteller, beantragt, Kapitel 66, Gehaltsfonds, zu streichen. Ministerpräsident Combes widerspricht und erklärt, derartige Fonds könne kein größerer Etat entstehen. Es handle sich also um eine Vertrauensfrage gegenüber dem Minister des Innern.

Vénézech tritt nochmals für Streichung des Artikels ein, welcher dann von der Kammer mit 291 gegen 195 Stimmen angenommen wird. (Beifall links.) Die folgenden Kapitel werden gleichfalls genehmigt.

Bei dem Kapitel „Gefängnisverwaltung“ beantragt der allemanistische Sozialist Dejeante, die Forderungen für Gefängnisgefängnisse zu streichen. Der Antrag wird, nachdem der Berichterstatter und die Regierung ihm widersprochen haben, mit 315 gegen 214 Stimmen abgelehnt.

* Paris, 22. Jan. Der heute in der Kammer zur Verteilung gelangende Bericht des Vorstehenden der Budgetkommission über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen, beauftragt eine internationale Intervention in Marokko. Tanger möge als neutraler Freihafen erklärt werden. An dem französisch-siamesischen Vertrag über den Bericht ziemlich scharfe Kritik.

* Paris, 22. Jan. Wie der „Figaro“ mitteilt, hat der Ausschuss der Deputiertenkammer für auswärtige Angelegenheiten beschlossen, die Erörterung des französisch-siamesischen Vertrages möglichst zu beschleunigen, so daß die Verlängerung der Ratifikationsfrist vielleicht nicht nötig sein würde.

Der Konflikt mit Venezuela.

(Telegramme.)

* Maracaibo, 22. Jan. Die drei deutschen Kriegsschiffe Gazelle, Vineta und Panther beschließen das Fort San Carlos. Das Dorf San Carlos ist niedergebrannt.

* Caracas, 22. Jan. Nach einer Meldung des „Matin“ war gestern, seit 10 Uhr morgens, ein Geschützfeuer zwischen dem Fort San Carlos und dem deutschen Kreuzer im Gange. Das Dorf San Carlos soll durch deutsche Granaten in Brand gesteckt worden sein. In dem Geschütz bei Coro wurden zwei Revolutionsgenerale, Sordane Navas und der Adjutant des Generals Viera, der Führer der aufständischen Truppen, getötet. Die Regierungstruppen bemächtigen sich der Waffen und der Munition der Aufständischen.

* Caracas, 22. Jan. Bei dem Angriff auf Coro hatte General Viera einen Verlust von 200 Mann.

* La Guaira, 22. Jan. Der holländische Kreuzer „De Ruyter“ ist gestern von Los Roques angekommen, wo er die Bewohner in der größten Not fand. Der Kreuzer ließ Lebensmittel zurück, und erhielt die Erlaubnis des Blockadeschiffwaders, weitere Hilfe zu senden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 22. Jan. Bei dem Reichszentralrat fand gestern ein parlamentarischer Abend statt, zu dem etwa 600 Personen erschienen waren.

* Schwerin, 21. Jan. Nach einer hierher gelangten Meldung sind der Herzog und die Herzogin Johann Albrecht und Prinz Günther XXIII. Neuj. J. L. nebst ihren Begleitenden nach guter Lieberstadt gestern in Santa Cruz auf Teneriffa eingetroffen.

* Stuttgart, 22. Jan. Die kurz vor Weihnachten vertagte Ständeversammlung wird am 29. Januar wieder zusammentreten.

* Wien, 21. Jan. Abgeordnetenhaus. Eingegangen ist ein Antrag Juchas, betreffend Wahl eines Ausschusses von 36 Mitgliedern, der dem Hause eine Vorlage über Verbesserungen und Ergänzungen der Geschäftsordnung vorlegen soll. Der Finanzminister unterbreitet das Zuckerkonventionierungsgesetz. Abgeordneter Dvorak richtet eine Anfrage an das Präsidium und verwahrt sich darin gegen

die Beschimpfung der czechischen Abgeordneten, insbesondere durch die Alldeutschen. Er fragt, ob der Präsident geneigt sei, in Erwägung zu ziehen, welche Schritte er zum Schutze der Würde des Hauses für angemessen halte. Vizepräsident Kaiser spricht sein Bedauern aus, daß im Hause oft ein Ton einreißt, der gewiß der Würde des Hauses nicht entspreche. Er werde stets die ihm zu Gebote stehenden, leider nicht ausreichenden Mittel der Geschäftsordnung in solchen Fällen in Anwendung bringen. (Lebhafte Zwischenrufe. Unruhe.) Das Haus beginnt sodann die Beratung des Dringlichkeitsantrages Dhl, betreffend Handhabung des Gesetzes über Gewährung von Erleichterung für Rückzahlung von Notstandsverschüssen. Nach kurzer Debatte wird die Dringlichkeit Dhl abgelehnt. Nächste Sitzung Freitag.

* Wien, 22. Jan. Der Zuckeraussschuß setzte gestern die Generaldebatte über die Zuckervorlagen fort. Im Laufe der Debatte erklärte der Finanzminister, Böhm von Wawerl, wenn England die Befreiung des englischen Kolonialzuckers vom Strafzoll sicherstellen wollte, hätte es dafür sorgen müssen, daß eine dementsprechende Verwahrung im Wortlaut der Konvention oder am Schlusse des Protokolls zum Ausdruck komme.

* Wien, 21. Jan. Der Schneiderausstand griff weiter um sich. Nunmehr legen 96 Prozent der Gehilfen die Arbeit nieder.

* Budapest, 21. Jan. Abgeordnetenhaus. Krassnah interpelliert den Ministerpräsidenten über die seitens Oesterreichs halbamtlich verbreiteten Gerüchte, daß der Termin zur Aufnahme der Barzahlungen durchaus ungewiß sei. Der Ministerpräsident erwidert, daß das getroffene Uebereinkommen die frühere Ungewißheit über den Zeitpunkt der Barzahlungen vollständig beseitigte. Beide Regierungen hätten vereinbart, an einem der auf den 28. Februar folgenden Tage einen Gesandtschaftsvorzug zu legen, durch den sie ermächtigt werden, den Tag der Barzahlungen im gegenseitigen Einverständnis festzusetzen und ihn im Verordnungswege bekannt zu machen, um jede unbegründete Verzögerung der Aufnahme der Barzahlungen unmöglich zu machen. Es sei in dem Uebereinkommen ausdrücklich hervorgehoben, daß nur eine vis major oder unerwartete zwingende Hindernisse die Verschiebung der Aufnahme der Barzahlungen bewirken können. (Lebhafte Beifall.)

* Abbazia, 22. Jan. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin von Luxemburg trafen gestern zum Winteraufenthalt hier ein.

* Christiania, 22. Jan. Der Präsident des Storting, Verneer, hat folgenden Antrag eingebracht: „Das Storting spricht aus, daß es zur Förderung der Interessen unseres Landes und zur Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Reichen wünschenswert ist, daß jetzt ein gemeinsames norwegisches und schwedisches Konsulatswesen errichtet wird, ohne daß die Frage mit der Frage der Leitung der äußeren Angelegenheiten verbunden wird.“ Die Erörterung des Antrages findet Freitag statt.

* Albany (New-York), 22. Jan. Der gemeinsame Konvent beider Häuser der Staatslegislatur von New-York wählte Thomas Platt in formeller Weise zum Bundes senator wieder.

* London, 21. Jan. Heute vormittag begann vor drei Richtern, einschließlich des Lordoberrichters, der großes Aufsehen erregende Hochverratsprozeß gegen das Parlamentariermitglied Lynch wegen seiner Teilnahme am Transvaal-Feldzug. Da es sich um einen politischen Prozeß handelt, weicht das Verfahren erheblich von dem gewöhnlichen ab. Lynch erklärt sich für nicht schuldig. Der Generalstaatsanwalt führt zu Beginn der Verhandlung aus, Lynch sei als britischer Unterthan 1900 als Berichterstatter einer französischen Zeitung nach Südafrika gegangen und habe später die Waffen gegen England ergriffen.

* Madrid, 22. Jan. Der Herzog von Tetuan ist schwer erkrankt.

* Konstantinopel, 22. Jan. Der Apothekerlehrling Agop Gatschikian, der das Attentat gegen den armenisch-gregorianischen Patriarchen Ormanian verübte, stammt aus Erzerum. Ob er dem armenischen Komitee angehört, ist noch nicht festgestellt. Er scheint durch die Letztäre armenisch-revolutionärer Schriften und persönlichem Haß zu der Tat angeregt zu sein. Alle Straßen von Rum Kapu werden militärisch besetzt, um ein weiteres Attentat oder Kundgebungen seitens etwaiger Mitschuldiger Gatschikians, die übrigens wahrscheinlich nicht vorhanden sind, zu verhindern. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Der Patriarch wird Mittwoch nach seiner Wohnung in Pera gebracht werden können. Der Großvezier, Minister, Diplomaten und andere Würdenträger erkundigten sich nach seinem Befinden.

* Bukarest, 21. Jan. Das Parlament wurde heute zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, um die Frage der Konversion der Anleihe von 175 Millionen Schatzbonds von 1899 zu beraten.

* Sofia, 21. Jan. Die „Agence Bulgare“ meldet: Trotz der strengen Kälte überschreiten seit Neujahr fortwährend Flüchtlinge aus Macedonien die bulgarische Grenze. In Kilo und in dem dortigen Kloster sind 30 Männer, fünf Frauen, ein junges Mädchen und vier Kinder, von allen Extremitäten entblößt, angekommen.

* Washington, 21. Jan. Die jährliche Reuseifung des auf den österreichisch-ungarischen Jucker zu legenden Ausgleichs soll ergibt für das neue Jahr eine Ermäßigung von etwa 50 Cents für die Tonne.

* New-York, 22. Jan. Nach einem Telegramm aus Panama sind Passagiere dort angekommen, welche berichten, daß General Lagunna Rivas eine Revolution in San Salvador hervorgerufen habe. General Regalado verließ mit einer großen Truppenmacht die Hauptstadt, um die Aufständischen anzugreifen.

* Djibuti, 22. Jan. Der russische Gesandte für Äthiopien, Lischin, ist in Begleitung von 7 Offizieren und 4 Ärzten hier eingetroffen. Er erklärte einem Berichterstatter gegenüber, man müsse der christlichen Bevölkerung Äthiops aufrichtige Freundschaft entgegenbringen. Rußland habe den Wunsch, daß das äthiopische Kaiserreich in seinem Besitzstand unterseht erhalten bleibe.

* Johannesburg, 22. Jan. Chamberlain und Milner hatten vorgestern eine Besprechung mit drei Vertretern der Vereinigung zur Beschaffung von eingeborenen Arbeitern für die Gruben. Chamberlain versprach den Einfluß des auswärtigen Amtes dahin geltend zu machen, daß Uganda und die übrigen britischen Provinzen in Afrika zur Ergänzung des Bedarfs an Arbeitern geöffnet werden.

* London, 21. Jan. Nach einer Meldung des „Standard“ aus Johannesburg, schlug Chamberlain in der Besprechung mit den Vertretern der Grubengesellschaften vor, die Regierung solle 5000 englische Erdarbeiter nach Südafrika schaffen, falls die Grubengesellschaften sich verpflichten, eine gleiche Zahl zu beschaffen. Die Vertreter der Gesellschaften erwiderten, sie hielten es für zweifelhaft, daß ihre Aktionäre ein solches Experiment machen würden.

Verschiedenes.

† **Bremen, 22. Jan.** (Telegr.) Der Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd, „Lahn“, Kapitän Malchow, hat gestern abend 7 Uhr mit sämtlichen Passagieren an Bord die Reise von Gibraltar nach New-York fortgesetzt.

† **Braunschweig, 22. Jan.** (Telegr.) Zur Untersuchung des Dynamitanschlags hat sich gestern eine Gerichtskommission nach Weidenrode begeben, die bis heute früh 2 Uhr dort tätig war. Um Mitternacht verhaftete dieselbe zwei Bergarbeiter, namens Junge und Eardt, als der Tat dringend verdächtig. Beide sind verheiratet; Junge ist schon mehrfach bestraft. Ueber das Ergebnis der Untersuchung wird im übrigen Stillschweigen beobachtet.

† **Stuttgart, 21. Jan.** (Telegr.) Der kürzlich wegen Zweikampfs zu drei Monaten Festung verurteilte Generalmajor von Paczensky, Kommandeur der 52. Brigade, ist durch königliche Verfügung dieser Stellung enthoben.

† **Paris, 22. Jan.** (Telegr.) Die sozialistische „Aurore“ kündigt an, daß Oberst Piquart ihr ständiger Mitarbeiter geworden ist und militärische Fragen behandeln wird.

† **Havre, 21. Jan.** (Telegr.) Heute mittag brach an Bord des Ozeandampfers „La Touraine“ ein außerordentlich heftiges Feuer aus. Trotz schneller Hilfeleistung sind der Salon erster Klasse und die Kabinen zerstört worden.

† **Paris, 22. Jan.** (Telegr.) Der durch die gestrige Feuersbrunst auf dem Postdampfer „Touraine“ angerichtete Schaden wird auf 2 Millionen Francs geschätzt.

† **Rom, 22. Jan.** (Telegr.) Der Führer der katholischen Partei in der Niederländischen Kammer, Monsignore Schepman, ist gestern hier gestorben.

† **Venedig, 21. Jan.** (Telegr.) Der Gemeinderat bewilligte außer dem für den Wiederaufbau des Glockenturmes bereits ausgeworfenen Betrage von 500 000 Lire einen Kredit von 350 000 Lire, um gemeinsam mit der Regierung zu den Kosten für die Wiederherstellung der Kunst-

denkmäler der Stadt beizutragen. Der Bürgermeister erklärte, die im Auslande verbreiteten ungünstigen Gerüchte über den allgemeinen Zustand der Bauwerke der Stadt seien völlig grundlos.

† **Kiew, 21. Jan.** (Telegr.) Vorgestern entstand in der Kirche des Gouvernementsgefängnisses während des Gottesdienstes Streit unter den internierten schweren Verbrechern. Es kam zu einem Handgemenge, bei welchem drei Arrestanten verwundet wurden. Die Gefängniswache stellte die Ruhe wieder her.

† **Tiflis, 22. Jan.** (Telegr.) Gestern früh nach 9 Uhr wurde hier ein schwaches Erdbeben wahrgenommen.

† **New-York, 21. Jan.** (Telegr.) Bei Chinakum, im Staate Washington, stieß in der letzten Nacht auf der Great Northern-Bahn ein Arbeiterzug mit einem Dampfzug zusammen. 12 Personen wurden getötet und 12 verletzt.

Wetternachrichten aus dem Süden
vom 22. Januar 1903, vormittags 7 Uhr.
Triefst wolkenlos 0 Grad, Nizza wolkenlos 4 Grad, Florenz wolkenlos 2 Grad, Rom bedeckt 5 Grad.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrog.
vom 22. Januar 1903.

Während Nordwesteuropa mit mildem und regnerischem Wetter unter der Herrschaft einer nördlich von Schottland gelegenen Depression steht, liegt Nord- und Mitteleuropa im Bereich eines barometrischen Maximums, das heute die höchsten Stände des Luftdruckes über Ungarn aufweist; hier ist es deshalb wie bisher heiter oder neblig und kalt. Die tiefste Temperatur meldet wieder Krakau (-22 Grad). Weiteres Anhalten des Frostes ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.
Freitag, 23. Jan. Abt. C. 33. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Rigoletto“, Oper in 4 Akten nach Victor Hugo's „Le roi s'amuse“ von F. M. Païe, Musik von Verdi. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Samstag, 24. Jan. Keine Vorstellung wegen des Ginfalles.

Sonntag, 25. Jan. Abt. A. 34. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Hänsel und Gretel“, Märchenoper in 2 Akten (3 Bildern) von Adelheid Wette, Musik von Humperdinck. — „Die Puppenfee“, Balletdivertissement von J. Hofreiter und F. Gaul, Musik von J. Bayer. Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Januar.	Barom. in mm.	Therm. in C.	Abf. in mm.	Feuchtigkeit in Proz.	Wind.	Himmel.
21. Nachts 9 ^u .	760.1	-5.8	2.6	90	NE	heiter
22. Morgs. 7 ^u .	759.6	-7.6	2.2	90	E	bedeckt
22. Mittags 3 ^u .	757.9	-3.4	3.2	91	NE	"

1) Nebel.
Höchste Temperatur am 21. Januar: -0.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -9.0.
Niederschlagsmenge des 21. Januar: 0.0 mm.
Wasserstand des Rheins. Magau, 22. Januar: 3.47 m, gefallen 6 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Braut-Seide

b. 95 Pf. bis M. 18. — p. Met. in allen Farben. Franks und schon verjollt ins Haus geliefert. Reiche Musterauswahl umachend. **Selden-Fabrik Henneberg, Zürich.**

Holz-Versteigerung.

Großh. Forstamt Durlach versteigert am Montag, den 26. Januar 1903, vormittags halb 11 Uhr, auf dem Rathause zu Wöfingen aus dem Domänenwalde Hohenberg, Abteilung 1 bis 10, von einer Nüchtern, Durchforstung, von Rüterungsstücken und Dirrhölzern, aus Domänenwald Schloßberg, von Dirrhölzern: 21 Bauftangen, 75 Fichten-Hopfenstangen IV. Kl., 225 Fichten-Nebensteden, 350 Fichten-Böhensteden, 157 Ster buchenes, 22 Ster eichenes, 72 Ster gemischtes, 16 Ster Nadel-Scheit- und Rollenholz, 14 Ster buchenes, 3 Ster eichenes, 132 Ster gemischtes, 7 Ster Nadel-Prügelholz, 750 buchene, 800 gemischte Laubholzwellen, 3 Lose Schlagraum, etwa 50 Fachsenhaufen. 2.952.

Im Hohenberg zeigt Waldhüter Wolf aus Wöfingen das Holz auf Verlangen vor, im Schloßberge Domänenwaldhüter Weis aus Wöfingen.

Flügel und Pianinos

der weltberühmten Firmen **Bechstein, Blüthner, Steinweg Nachf., Steinway & Sons, Ibach, Kaim, Kaps,** im Preise von 775 bis 1700 Mark und höher; ganz hervorragend gediegene **Mittelfabrikate** im Preise v. 550 bis 680 Mk., ferner dauerhafte **Studierpianos** — auch zur Ausübung einfacher Hausmusik sehr geeignet — für 450 bis 520 Mk. empfiehlt in 2.14.8 grossartiger, unübertroffener **Auswahl** der alleinige Vertreter **Ludwig Schweisgut Karlsruhe** Erbprinzenstr. 4. Telephon 1711.

Stangenversteigerung.

Großh. Forstamt Neuhingen versteigert am Donnerstag, den 29. Januar 1903, vormittags 11^u, Uhr zu Neuhingen im Gasthaus zur alten Post aus den Domänenwalddistrikten Seezwangerberg, Mettmaholz, Rehrhalde Buggenriederberg und Erlenberg: 258 Bauftangen I. Kl., 590 Bauftangen II. Kl., 2208 Hopfenstangen I. Kl., 1808 Hopfenstangen II. Kl., 2497 Hopfenstangen III. Kl., 3265 Hopfenstangen IV. Kl., 4847 Nebsteden I. Kl., 3398 Nebsteden II. Kl. und 5115 Bohnensteden. Anzüge durch das Forstamt. Die Forstwärter Volz, Igelshardt und Fechtig-Buggenried zeigen das Holz. 2.915.2

Holzversteigerung.

Großh. bad. Forstamt Stodach versteigert morgens 10 Uhr beginnend: 1. **Mittwoch, den 28. Januar 1903** im Kreis in Heudorf aus Domänenwald Gomburg, Abt.: „Brand“, „In der Kuh“, „Stangenbühl“, „Mittlereuth“, „Mittler“: 26 Eichen, 5 Buchen, 6 Eichen, 438 Nadelstämme, 100 Nadelstöße, 348 Nadelbauftangen, 265 sonstige Nadelbauftangen, 130 Nadelreisstangen, 5 Ster hainbuchen, 15 erlene, 200 forlene Rollen, 2 Ster eichenes, 285 buchenes, 1 Kirchbaumenes, und 79 Nadel-Scheitholz, 3 Ster eichenes, 111 buchenes, 50 gemischtes und 159 Nadel-Prügelholz, 17 Ster buchenes und 12 Nadelstochholz, 2200 buchene und 1000 Nadel-Normalwellen, 10 Lose Schlagraum. Forstwart Kupferschmid in Rittingen und Hilfswaldhüter Roth in Heudorf zeigen das Holz vor. 2.917

2. **Freitag, den 30. Januar 1903** im Rathause in Steiflingen aus Domänenwald Wöhlerberg, Schloßhald, Hohenberg und Korriswintel, Abt.: „Kirchweg“: 17 Eichen, 22 Buchen I. und II., 7 Eichen, 2 Birken, 1 Ulme, 1 Erle, 3 Birken, 1 Nussbaum, 7 Ahorn, 28 Nadelstämme, 107 Nadelstöße, 9 eichene Hagstäulen, 15 eichene Stangen, 55 Nadelreis- und 50 Nadelreis-Stangen, 15 Ster eichenes, 591 buchenes, 6 ulmenes, 2 eichenes, 32 gemischtes und 70 Nadel-Scheitholz, 15 Ster birken Rollen, 3 Ster eichenes, 152 buchenes, 55 gemischtes und 13 Nadel-Prügelholz; 75 Ster buchenes Stockholz; 3455 buchene und 175 Nadel-Normalwellen, 12 Lose Schlagraum. Forstwart Dorler in Steiflingen und Holz in Steiflingen zeigen das Holz vor.

Spezial-Geschäft

In bester Geschäftsstelle Freiburgs ist ein gut gehendes **Spezial-Geschäft** mit Einrichtung und Warenlager sowie noch 4 Jahre laufendem sehr günstigem Mietvertrag gegen Anzahlung von 6-8000 Mark unter vorteilhaften Bedingungen abzugeben. Gute Gelegenheit zur Gründung einer angenehmen Existenz für eine oder zwei Damen. Nähere Auskunft erteilt **Adolf Warquier, Gelegenheits-Agentur in Freiburg i. B.** 2.733.3

Bürgerliche Rechtsstreite.

Labung.
2.934.1. Nr. 746. **Konstanz.** Die Fürstliche Standesherrschaft Fürstentum, vertreten durch die Fürstliche Kammer zu Donaueschingen — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Künzig in Donaueschingen, klagt gegen den Kassendirektor Karl Schöne, zuletzt in Donaueschingen, jetzt flüchtig, unter der Behauptung, daß der Beklagte als Kassendirektor der Fürstlichen Standesherrschaft am 24. Dezember 1902 nach Unterschlagung eines größeren Geldbetrags, der bis jetzt auf 4120 Mark festgesetzt wurde, durchgebrannt sei, mit dem Antrage: Der Beklagte ist schuldig, an die Klägerin 4120 Mark, nebst 4 Proz. Zins vom Klagezustellungstage an zu bezahlen und die Kosten des Rechtsstreites einschließlich derjenigen des Arrestverfahrens zu tragen. Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites vor die zweite Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Konstanz auf. **Freitag, den 27. März 1903, vormittags 9 Uhr,** mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht. **Konstanz, den 19. Januar 1903.** Hpr. **Kreischle,** Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts.

Labung.

2.948.1. Nr. 1433. **Offenburg.** Die ledige Dienstmagd Helena Hodyay von Biergarten, Amt Oberflitz, für sich, und als Vormünderin ihres unehelichen Kindes Joseph Hodyay von da, geboren am 21. Juni 1902, vertreten durch Rechtskonsulent N. Döbner in Offenburg, klagt gegen den ledigen Bierbrauer Joseph Volber von Espachweiler, zuletzt in Urloffen, unter der Behauptung, der Beklagte sei Vater des klagenden Kindes nach § 1717 B.G.B. infolge eines entsprechenden, im Sommer bis Ausgang September 1901 bestandenen Verhältnisses. Der Beklagte sei nachher von Urloffen nach unbekanntem Orte verschwunden. Der klagende Teil beantragt nun, den Beklagten kostenfällig zu verurteilen, an die Kindesmutter selbst 45 Mk. nach § 1715 B.G.B. zu bezahlen und an das Kind zu Händen der letzteren als Vormünderin vom Tag der Geburt, 21. Juni 1902, bis zum 21. Juni 1918 eine vorauszahlbare, am 1. eines jeden Kalendervierteljahres fällige Unterhaltsrente von je 45 Mk., dabei rückständigen Beträge sofort zu bezahlen, endlich nach § 708 Biff. 6 der Zivilprozeßordnung das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären. Die Kläger laden den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreites vor Großh. Amtsgericht zu Offenburg, welches die öffentliche Zustellung und zugleich auch den ersten das Armenrecht bewilligt hat, auf: **Montag, den 30. März 1903, vormittags 9 Uhr.** Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht. **Offenburg, den 16. Januar 1903.** C. Keller, Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Konkur.

2.926. Nr. 962. **Engen.** Ueber das Vermögen des Gutspähters Rudolf Wofbrügger auf Sträßenhof wird, da der Vorstuhz- und Sparverein Engen, e. G. m. u. H., und Lorenz Güß, Landwirt in Schlatt u. Kr. den Antrag auf Konkursöffnung gestellt haben, Wofbrügger auch zahlungsunfähig ist und seine Zahlungen eingestellt hat, heute am 18. Januar 1903, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Sparassistentkontrollleur August Kupferschmid in Engen wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 18. Februar 1903 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigeraussschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Samstag, den 7. Februar 1903, vormittags 11 Uhr,** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Freitag, den 6. März 1903, vormittags 9 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verpfänden oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestehen der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. Februar 1903 Anzeige zu machen. **Engen, den 18. Januar 1903.** Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts. **Kleiber.**

Konkur.

2.922. Nr. 2397 I. **Mannheim.** Ueber das Vermögen des Baumunternehmers Friedrich Kühner in Mannheim, Sedenheimerstraße 94, wurde heute nachmittag 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Zum Konkursverwalter ist ernannt: Rechtsanwalt Dr. Moedel hier. Konkursforderungen sind bis zum 7. Februar 1903 bei dem Gerichte anzumelden. Zugleich ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigeraussschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Dienstag, den 3. Februar 1903, vormittags 11 Uhr,** sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Donnerstag, den 26. Februar 1903, vormittags 11 Uhr,** vor dem Großh. Amtsgerichte, Abt. 4, 2. Stod., Zimmer Nr. 5, Termin anberaumt. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verpfänden oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestehen der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 7. Februar 1903 Anzeige zu machen. **Mannheim, den 19. Januar 1903.** Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 4. **Mohr.** 2.978. **Forstheim.** Im Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts Christian Lehr in Forstheim ist Termin zur Anhörung der Gläubiger über die mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Konkursmasse beabsichtigten Einstellung des Konkursverfahrens und zur Prüfung der Schlußrechnung Termin anberaumt vor Großh. Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 15, auf: **Donnerstag, den 12. Februar 1903, vormittags 9 Uhr.** Forstheim, den 12. Januar 1903. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts. **Zohrer.** 2.924. Nr. 2343. **Freiburg.** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Franz Unterweger hier betr. Zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verteilbaren Vermögensstücke ist der Schlußtermin bestimmt auf **Dienstag, den 3. Februar 1903, vormittags 11 Uhr,** vor dem Amtsgerichte hier selbst, Zimmer Nr. 8. **Freiburg, den 17. Januar 1903.** Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts. **Zimmermann.** 2.937. Nr. 1148. **Donaueschingen.** In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Emil Munk von Rindlingen, ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung über etwa noch nicht verteilte Vermögensstücke Schlußtermin auf: **Mittwoch, den 18. Februar 1903, vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgerichte hier selbst anberaumt. **Donaueschingen, den 19. Jan. 1903.** Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts. **Zahn.**

Bekanntmachung.

Zwangsvollstreckung gegen Wertmeister Friedrich Reinhardt von hier betr. Der Versteigerungstermin vom 26. Februar d. Js., sowie derjenige über Erörterung des geringsten Gebots vom 16. Februar d. Js. wird aufgehoben. **Neuhingen, den 17. Januar 1903.** Großh. Notariat: **Baßian**

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die nachbenannten Bauarbeiten und Lieferungen zur Fertigstellung eines Dienst- und Wohngebäudes für den 8. Bahndivisionsposthof in Eberbach sollen im Wege öffentlicher Verdingung im einzelnen vergeben werden. Die Arbeiten sind beiläufig veranschlagt, wie folgt: 2.916.1 1. Grab-, Fundament- und Maurerarbeiten zu 35 000 Mk. 2. Steinbauarbeiten zu 8000 Mk. 3. Zimmerarbeiten zu 9600 Mk. 4. Flechtarbeiten zu 1500 Mk. 5. Schloffer- und Schmiedearbeiten zu 3800 Mk. 6. Eisenlieferungen zu 2100 Mk. Pläne, Arbeitsbeschriebe und Bedingungen liegen auf meinem Hochbauureau (Gasthaus zur Churpfalz, 2. Stod.) an Werktagen zur Einsicht auf. Angebote sind längstens bis **Dienstag, den 3. Februar d. J., vormittags 11 Uhr,** postfrei, mit entsprechender Aufschrift versehen, anher einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. **Eberbach, den 18. Januar 1903.** Der Großh. Bahndivisionsposthof. 2.961 **Karlsruhe.** **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.** Mit sofortiger Gültigkeit werden für Steine des Spezialtarifs III im Verkehr zwischen Mannheim und Mannheim Inbustriefahren einerseits und Heidelberg und Würzburg andererseits ermäßigte Frachttarife eingeführt. Nähere Auskunft erteilt die Dienststellen. **Karlsruhe, den 21. Januar 1903.** Großh. Generaldirektion.